

Informationen zur Datenverarbeitung gem. Art. 13 DSGVO

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Informationen gemäß Artikel 13 Absatz 1 und Absatz 2 DSGVO aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem Hinweisgeberschutzgesetz

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Stadt Bad Salzuflen
vertreten durch den Bürgermeister
Rudolph-Brandes-Allee 19
32105 Bad Salzuflen
Tel.: 05222 952-0
Fax: 05222 952-161
E-Mail: stadt@bad-salzuflen.de

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Stadt Bad Salzuflen
Datenschutzbeauftragte*r
persönlich
Rudolph-Brandes-Allee 19
32105 Bad Salzuflen
Tel.: 05222 952-0
E-Mail: datenschutzfd10@bad-salzuflen.de

4. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

a) Ihre Daten werden zu folgendem Zweck erhoben und verarbeitet:
Wenn Sie sich mit einer Meldung nach dem HinSchG an die interne Meldestelle der Stadt Bad Salzuflen wenden, werden Ihre personenbezogenen Daten in der internen Meldestelle erhoben und verarbeitet. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zum Zwecke der Bearbeitung Ihrer Meldung nach §§ 17, 18 HinSchG (u.a. Prüfung der Meldevoraussetzungen, Ergreifen von Folgemaßnahmen, Information und Rückmeldung über die weiteren Maßnahmen).

b) Die Rechtsgrundlage, auf der Ihre Daten erhoben werden, ist:
Art. 6 Abs 1 e) DSGVO i. V. m. § 10 HinSchG.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:
Ihre personenbezogenen Daten werden ohne Ihre ausdrückliche Zustimmung grundsätzlich nicht weitergegeben. In bestimmten Fällen kann es jedoch sein, dass Ihre personenbezogenen Daten aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder Auskunftsansprüchen Dritter offengelegt werden müssen. Insbesondere soweit Sie vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Informationen über Verstöße melden, ist Ihre Identität nicht geschützt (vgl. § 9 Absatz 1 HinSchG). Darüber hinaus kann Ihre Identität unter den Voraussetzungen des § 9 Absatz 2 HinSchG weitergegeben werden, z.B. in Strafverfahren auf Verlangen von Strafverfolgungsbehörden. Auch kann es sein, dass in bestimmten Fällen Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen eines Auskunftersuchens (Art. 15 DSGVO) oder zur Erfüllung der

Informationspflichten (Art. 13, 14 DSGVO) an die betroffene Person weitergegeben werden müssen, sofern dem nicht beispielsweise der Schutz der Rechte und Freiheiten Ihrer Person entgegensteht (vgl. §§ 11 Abs. 1 Nr. 2, 12 Abs. 2 Nr. 3 Datenschutzgesetz NRW).

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es findet keine Übermittlung an Drittländer statt.

7. Vorgesehene Fristen für die Löschung der verschiedenen Datenkategorien

Ihre Daten werden grundsätzlich drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens gelöscht. Die Daten können unter den Voraussetzungen des § 11 Absatz 5 HinSchG länger aufbewahrt werden, soweit dies erforderlich und verhältnismäßig ist.

8. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen die Rechte aus Art. 15-18, 20, 21 zu:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten, Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch gegen die Verarbeitung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen,
- Beschwerderecht bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz und Informationssicherheit Nordrhein-Westfalen als Aufsichtsbehörde,
- Recht auf Datenübertragbarkeit, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen.

9. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Soweit Sie eine Einwilligung gegenüber der internen Meldestelle der Stadt Bad Salzuflen erteilt haben, können Sie diese jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird dadurch nicht berührt.

10. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Ihr Antrag/ Ihr Anliegen wird auch bei einer anonymen Meldung bearbeitet. Eine Rückmeldung kann in diesem Fall aber nicht erfolgen.